Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0045/2023/AN

Antragsteller: CDU
Antragsdatum: 02.05.2023

Federführung:
Dezernat I, Feuerwehr

Beteiligung:

Betreff:

Einführung des Systems "Mobile Retter"

Antrag

Beschlusslauf
Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 25. Juli 2023

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	17.05.2023	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	11.07.2023	Ö		
Gemeinderat	20.07.2023	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2023

Ergebnis: verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.07.2023

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 20.07.2023

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0045/2023/AN

Briefkopf des Antragstellers:

CDU Gemeinderatsfraktion Heidelberg

Prof. Dr. Nicole Marmé, Vorsitzende
Werner Pfisterer, 1. stv. Vors.
Martin Ehrbar, stv. Vors., Schatzmeister
Alexander Föhr, MdB
Dr. Jan Gradel
Matthias Kutsch
Otto Wickenhäuser

CDU-Gemeinderatsfraktion, Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg

Heidelberg, 02. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates am 17.05.2023 stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Einführung des Systems „Mobile Retter"

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadt Heidelberg ermittelt die Anwendungsmöglichkeiten der „Mobile Retter-App" beziehungsweise vergleichbarer Systeme und ermittelt, welche Apps/ technischen Systeme im Verbandsgebiet bereits im Einsatz sind. Dies in enger Absprache mit der Verbandsverwaltung Region Rhein-Neckar.
2. Bei der Prüfung wird der Sachverstand der Rettungsdienste einbezogen.
3. Die Stadt Heidelberg nimmt an einer Infoveranstaltung, die die Verbandsverwaltung für die 15 Stadt- und Landkreise organisiert, teil.

Begründung:

In einer Reihe von Stadt- und Landkreisen in der Metropolregion Rhein-Neckar wurde das Unterstützungssystem der „Mobilen Retter" im Bereich der Rettungsdienste installiert. Dabei werden freiwillige Ersthelfer, die sich zufällig in räumlicher Nähe zu einem Notfallpatienten befinden, zeitgleich mit dem regulären Rettungsdienst über eine spezielle Smartphone-App alarmiert und zum Einsatzort geleitet. Auf diesem Prinzip basierende Projekte tragen zum Teil unterschiedliche Namen, auch gibt es verschiedene Anbieter der Alarmierungsapp mit unterschiedlichen Namen.

Zu den Landkreisen, die das System mit der Mobile Retter-App eingeführt haben, zählt der Landkreis Südliche Weinstraße (SÜW), dessen Projekt exemplarisch beschrieben wird:

Im Landkreis SÜW sind inzwischen über 500 Mobile Retter ausgebildet und im System registriert. Diese werden jährlich zu mehreren hundert Einsätzen alarmiert.

Das Projekt wird seitens Landkreis SÜW über einen ehrenamtlichen Projektleiter betreut, der eine monatliche Aufwandsentschädigung erhält. Er wird von einem ärztlichen Fachberater und der Verwaltung unterstützt.

Zu Beginn wurden mehrere Mentoren ausgebildet, die eigenständig Ausbildungen für die Mobilen Retter durchführen. Die geschulten Mobilen Retter werden im Verwaltungsprogramm als ehrenamtliche Katastrophenschutz-Helfer geführt. Sie erhalten für Einsätze keine Aufwandsentschädigung, jedoch werden natürlich Kosten wie Reinigung verschmutzter Privatkleidung o.ä. übernommen.

Ausgestattet sind die Mobilen Retter mit einer Beatmungshilfe, Erste-Hilfe-Handschuhen und einer beschrifteten Warnweste zur Kenntlichmachung an der Einsatzstelle und FFP2-Masken. Probleme in der Zusammenarbeit mit dem Regelrettungsdienst sind nicht bekannt.

Die Kosten belaufen sich auf eine jährliche Pauschale in Höhe von 2,5 Cent pro Einwohner, im ersten Jahr 5 Cent pro Einwohner. Hinzu kommen jährlich rund 13.000 € Lizenzkosten für das dem System zugrunde liegende Alarmierungsprogramm. In Summe entstehen dem Landkreis somit jährliche Kosten in Höhe von etwa 16.000 €.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ergibt die Überlegung Sinn, das Unterstützungssystem flächendeckend im Verbandsgebiet einzuführen. Es kann in unzähligen Notfällen die Einsatzzeit für eine Ersthilfe verkürzen und in vielen Fällen tatsächlich Leben „retten". Es ist überwiegend ehrenamtlich basiert und verursacht vergleichsweise geringe Kosten. – Der Verband Region Rhein-Neckar sollte dazu eine koordinierende und steuernde Funktion übernehmen.

gezeichnet CDU-Fraktion